I. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer in der Stadt Wipperfürth

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW 1994 S. 666) in der z.Z. gültigen Fassung und der §§ 1, 2, 3 und 20 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.10.1969 (GV NW 1969 S. 712), in der z.Z. gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Wipperfürth in seiner Sitzung am **xx.xx.2006** nachstehende I. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer in der Stadt Wipperfürth beschlossen:

Artikel I

Die Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer in der Stadt Wipperfürth vom 04.08.1999 wird wie folgt geändert:

In **§ 2 Abs. 2 (Steuergegenstand)** wird folgender **Satz 2** eingefügt:

„Keine Zweitwohnung im Sinne dieser Satzung ist eine berufsbedingt gehaltene Nebenwohnung eines verheirateten, nicht dauerhaft von seiner Familie getrennt lebenden Berufstätigen.“

Artikel II

Diese I. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer in der Stadt Wipperfürth tritt rückwirkend zum 01.01.2005 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende I. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer in der Stadt Wipperfürth wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Wipperfürth vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Wipperfürth, den **XX.XX.2006**

(Guido Forsting)
Bürgermeister